

Erfurt, 01.08.2024

FDP Thüringen
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt

Wahlprüfsteine der FDP Thüringen für den Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

1. Welche Maßnahmen möchten Sie in einer zukünftigen Landesregierung ergreifen, um der zunehmenden Gefahr durch den Rechtsextremismus, den Antisemitismus und Rassismus, der Diskriminierung und Hasskriminalität in Thüringen zu begegnen?

Bereits im Rahmen der Schulbildung sollte verstärkt Grundwissen über demokratische Prozesse, Medienkompetenz und gesellschaftliche Grundwerte vermittelt werden. Die Erscheinungsformen von rechter und linker, von islamistischer und antisemitischer Radikalisierung müssen eine stärkere Rolle in der Schulbildung einnehmen.

Wir befürworten eine bessere Kooperation zwischen Kultureinrichtungen und Bildungsinstitutionen im Rahmen der Demokratiebildung. Wir setzen zudem bei der Bekämpfung von Diskriminierung aller Art verstärkt auf Jugendarbeit. Daher wollen wir die sozialarbeiterische Betreuung von Schulen und Jugendzentren stärker fördern.

Wir wollen die Kompetenzen aller Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu einem zentralen Antidiskriminierungsbeauftragten zusammenfassen. Um Antidiskriminierung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu unterstreichen und die ministerielle Unabhängigkeit des Beauftragten sicherzustellen, soll seine Position direkt beim Thüringer Landtag angesiedelt werden.

Auch das Diversity Management in privaten und öffentlichen Unternehmen möchten wir aktiv und unbürokratisch fördern.

2. Welche Rolle kommt Ihrer Meinung nach dabei dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie Toleranz und Weltoffenheit "Denk Bunt" zu? In welchem Umfang möchten Sie dieses zukünftig über den Landeshaushalt finanzieren?

Das Thüringer Landesprogramm besteht seit dem Jahr 2010; es wurde insbesondere unter dem Eindruck der verabscheuungswürdigen Verbrechen des NSU ausgestaltet. Wie für jedes andere geförderte Programm muss auch für „Denk bunt“ eine regelmäßige Evaluation und deren barrierefreie Offenlegung verbindlich sein. Leider weist das Landesprogramm auf seiner Internetseite nur bis zum Jahr 2018 die Evaluation öffentlich aus.

Das Thüringer Landesprogramm wird bereits vom Bund und vom Land finanziert. Im Rahmen

der parlamentarischen Haushaltsberatungen werden wir uns mit dem Programm und seiner Mittelverwendung auseinandersetzen, die Wirksamkeit hinterfragen und im Rahmen des Sinnvollen unterstützen.

3. Wie stehen Sie zu einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene, um die Arbeit der zahlreichen und vielfältigen Demokratieprojekte im Freistaat langfristig abzusichern?

Zweifelsohne klingt der Name eines solchen Gesetzes zunächst gut. Wer mag nicht die Demokratie fördern. Doch gerade vor dem Hintergrund unmittelbarer Thüringer Erfahrungen erachten wir ein derartiges Gesetz als fragwürdig. Der Freistaat steckt seit Jahren hohe Millionenbeträge in die Demokratieförderung. Doch wie erfolgreich sind diese Projekte? An den Meinungsumfragen sowie am Thüringen-Monitor lässt es sich überdeutlich ablesen. Der Zeiger schlägt alles andere als in die erhoffte Richtung aus.

Nicht alle, die meinen, für Demokratie einzutreten, achten das Gewaltmonopol des freiheitlichen Rechtsstaates. Nicht alle achten den Parlamentarismus, zu dem übrigens auch das Haushaltsrecht des Parlamentes gehört.

Der freiheitliche Rechtsstaat schützt die Vielfalt, die er vorfindet. Er schützt die Menschen mit ihren verschiedenen Lebensentwürfen und ihren individuellen Vorstellungen. Aber es ist nicht seine Aufgabe und es darf auch niemals sein Anspruch sein, die Gesellschaft und die Menschen nach parteipolitischen Vorstellungen zu formen. Es ist ein schmaler Grat zwischen dem Schutz vor den Feinden der Demokratie und dem Vorgehen gegen politische Mitbewerber oder unliebsame Meinungen. Wir erachten die Intention, man müsse die Menschen besser bilden, dann werden sie schon „richtig“ wählen, als übergriffig.

Das wahre Problem unseres Landes ist ein anderes. Sehr viele Menschen fühlen sich mit ihren Sorgen und Nöten nicht mehr wahrgenommen. Deshalb reicht es bei weitem nicht aus, Politik und Demokratie immer nur besser erklären zu wollen. Wir müssen sie vielmehr besser gestalten. Anders gesagt: Wir müssen die Probleme klein machen, die die Feinde der Demokratie überhaupt erst groß machen. Das ist es, was wir allen Bürgern unseres Landes schuldig sind.